Vom Redaktor notiert...

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **40 (1948)**

Heft 6

PDF erstellt am: **31.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

In der gleichen Periode sind die indirekten Steuern um fast 200 Prozent erhöht worden; aber sie treffen nicht Nahrungsmittel und unentbehrliche Bedarfsartikel, wohl aber Bier, Weine, sonstige alkokolische Getränke, Tabak und viele Waren, die dem Komfort dienen, aber in einer Notzeit, wie sie England jetzt durchlebt, als nicht unbedingt notwendig angesehen werden können.

Der englische Gewerkschaftsbund wird an der eingeschlagenen Politik festhalten, die die Lebensgrundlagen des englischen Volkes sichern, die Inflationsgefahr fortgesetzt bekämpfen, aber eine einseitige Belastung der schaffenden Menschen nicht zulassen wird. Die Erhöhung des Lebensstandards war längst fällig, und die Gewerkschaften werden sie gemeinsam mit der Regierung gegen die Angriffe des kapitalistischen Unternehmertums verteidigen.

K. F. Bieligk.

Vom Redaktor notiert . . .

Dass der Beschluss des grossen Ausschusses des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zum Marshallplan der schweizerischen Kominformfiliale nicht behagen werde, war zu erwarten. Mit sehr sauersüsser Miene gibt der Basler « Vorwärts » seinen Lesern davon Kenntnis. Dass er dabei zu sehr gekünstelten Interpretationen und zur Fälschung der Abstimmungszahlen greift, ist ja nichts Neues. Unter dem Titel « Auch im Gewerkschaftsbund dringen die hundertprozentigen Marshallplanisten nicht durch » behauptet er, der Passus des Resolutionsentwurfes, in dem von der Feststellung der Internationalen Gewerkschaftskonferenz Kenntnis genommen werden sollte, dass die amerikanische Hilfe nicht von Bedingungen abhängig gemacht werde, die mit dem Grundsatz der staatlichen Souveränität unvereinbar wären, sei mit 28 gegen 17 Stimmen gestrichen worden. Tatsache ist, dass Präsidium und Referent der Beibehaltung dieses Passus keine grosse Bedeutung beigemessen haben. Sie erklärten, an der von der Internationalen Gewerkschaftskonferenz festgehaltenen Tatsache ändere weder die Streichung noch die Beibehaltung etwas. In der trotzdem durchgeführten Abstimmung sind für die Streichung des Passus 22 (nicht 28) und für dessen Beibehaltung 18 (nicht 17) Stimmen abgegeben worden. Aber auf ein paar Zuschläge da und einen Abschlag dort kommt es dem « Vorwärts » natürlich nicht an. Die knappe Mehrheit für Streichung ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Mitglieder des Gewerkschaftsausschusses der Meinung waren, es bestehe keine genügende Garantie dafür, dass auch in Zukunft nicht etwa Versuche zur Auferlegung politischer Bedingungen gemacht würden. Dabei ist die Feststellung des Präsidenten, dass wirtschaftliche Planung ohne Einschränkung der Souveränität der Einzelstaaten unmöglich sei, natürlich unwidersprochen geblieben. Den Patentmarxisten der PdA sollte man diese Binsenwahrheit allerdings nicht noch besonders lehren müssen. Warum verschweigt übrigens der « Vorwärts » schamhaft das Ergebnis der Gesamtabstimmung über die Resolution? Wohl weil ihm dieses weniger angenehm ist, als die Abstimmung über einen nebensächlichen Passus. Der positive Beschluss zum Marshallplan ist vom Gewerkschaftsausschuss mit 50 gegen 5 Stimmen gefasst worden.